

Zeitschrift: Kinema
Herausgeber: Schweizerischer Lichtspieltheater-Verband
Band: 6 (1916)
Heft: 23

Artikel: Beratung des Berner Kinogesetzes
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-719436>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

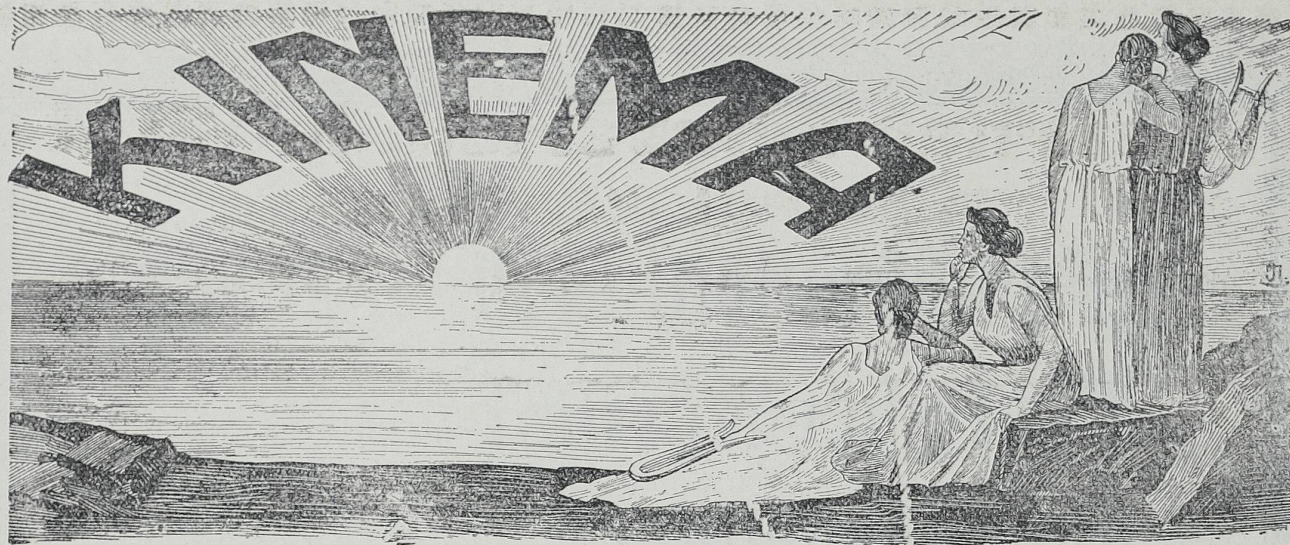
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Statutarisch anerkanntes obligator. Organ des „Verbandes der Interessenten im kinem. Gewerbe der Schweiz“

Organe reconnue obligatoire de „l'Union des Intéressés de la branche cinématographique de la Suisse“

Druck und Verlag:
KARL GRAF
Buch- und Akzidenzdruckerei
Bülach-Zürich
Telefonruf: Bülach Nr. 14

Erscheint jeden Samstag ◻ Parait le samedi
Abonnements:
Schweiz - Suisse: 1 Jahr Fr. 12.—
Ausland - Etranger
1 Jahr - Un an - fcs. 15.—
Zahlungen nur an KARL GRAF, Bülach-Zürich.
Inseraten Verwaltung für ganz Deutschland: AUG. FEIL, Stuttgart

Insertionspreise:
Die viergespaltene Petitzelle
40 Rp. - Wiederholungen billiger
la ligne - 40 Cent.
Zahlungen nur an EMIL SCHÄFER in Zürich I.

Annoncen-Regie:
EMIL SCHÄFER in Zürich I.
Annoncenexpedition
Mühlegasse 23, 2. Stock
Telefonruf: Zürich Nr. 9272

**Mitteilungen des Verbandes der Interessenten
im kinematogr. Gewerbe der Schweiz.**

Vorstandssitzung

Dienstag den 13. Juni 1916, nachmittags 4 Uhr,
im „Du Pont“, 1. Stock,
in Zürich.

An demselben Tag und zur gleichen Zeit:

Kommissionssitzung

betr. Engagierung eines ständigen Sekretärs.

Der Präsident.

Beratung des Berner Kinogesezes.

Es beginnt die zweite Beratung. Ohne Eintretensdebatte wird in die artikelweise Behandlung eingetreten. Es referieren Polizeidirektor Tschumi und Schürch. Art. 1 regelt das Geltungsgebiet des Gesetzes. Er wird mit einer kleinen Aenderung angenommen. Art. 2 betrifft

die Konzessionsvorschriften und die Betriebsbewilligung. Mlinea 2 besagt: „In der Nähe von Schulhäusern, Kirchen und Krankenanstalten dürfen keine ständigen Lichtspieltheater eingerichtet werden.“ Moor wünscht nähere Ausdeutung, was unter dem Begriff „Nähe“ verstanden sei. Hr. Schürch führt aus, daß der Sinn sei, daß die Lichtspiele für die betreffenden Institute keine störende Nähe bilden dürfen. Moor beantragt nun Streichung des Mlineas, worauf Regierungsrat Tschumi auf das Wirtschafts-gesetz hinweist, wo eine analoge Bestimmung steht. Daraus haben sich keinerlei Anstände ergeben. Der Artikel hat hauptsächlich Bedeutung für ländliche Verhältnisse. Moor läßt seinen Streichungsantrag fallen und beantragt, zu sagen: „störenden Nähe“. So wird beschlossen.

Art. 3 betrifft die persönlichen Garantien des Konzessionsinhabers. Moor fragt an, ob nicht eine weitergehende Fassung der Ziffer 6 möglich sei, wo bestimmt ist, daß der Konzessionsbewerber eine mindestens dreijährige ununterbrochene Niederlassung im Kanton Bern haben müsse, wenn er nicht Schweizerbürger ist. Die Referenten empfehlen Beibehaltung dieser Fassung. Es soll der Schweizerbürger vor dem Ausländer bevorzugt werden. Jacot möchte im dritten Mlinea die Frist von 30 Tagen ersetzen durch 3 Monate. Dies wird beschlossen und der Artikel mit einer kleinen Aenderung angenommen. Art. 4 handelt vom Konzessionsentzug. Moor regt an, neben dem Konzessionsentzug auch eine mildere Strafe vorzusehen, wie zeitweises Verbot des Betriebes. Polizeidirektor Tschumi bemerkt, daß der Fall in einem spätem Artikel geregelt werde.

Art. 5 handelt von den Gebühren. Moor beanstandet die Festsetzung der Konzessionsdauer auf ein Jahr. Es sollten zwei Jahre angesetzt werden. Die Referenten sprechen sich dagegen aus. Favre beantragt das Minimum der Gebühren von 50 auf 100 Franken zu erhöhen, was von Regierungsrat Tschumi bekämpft wird. Der Artikel gelangt unverändert zur Annahme.

Art 6 betrifft das technische Personal. Moor begrüßt es, daß für dieses eine Arbeitszeit von acht Stunden festgesetzt wird. Das entspricht den sozialdemokratischen Forderungen. Etienne beantragt, die Bestimmung zu streichen, daß als technisches Hilfspersonal und Angestellte nur Personen verwendet werden dürfen, welche das 20. Altersjahr zurückgelegt haben. Dieser Antrag wird von Schürch unterstützt, während Regierungsrat Tschumi für Beibehaltung des 20. Altersjahres spricht. Der Artikel gelangt in der Fassung der vorberatenden Behörden zur Annahme; ebenso Art. 7 betreffend Einrichtung und Betrieb.

Art. 8 betrifft die Verbote. Hier schlägt die Kommission folgende neue Fassung vor: „Für die Anpreisung der Aufführungen gelten die Bestimmungen des Art. 14 und folgende dieses Gesetzes.“

Dürrenmatt empfiehlt die Fassung des Regierungsrates mit folgender Ergänzung: „Die strafrechtliche Verfolgung gemäß Art. 44 bleibt vorbehalten.“ Chavanne wünscht einen kantonalen Beamten als Aufsichtsbehörde. Polizeidirektor Tschumi spricht gegen den Antrag Dürrenmatt, der das Gesetz gefährden könnte. Die Aufsicht soll kantonal geordnet werden. Schürch bekämpft ebenfalls den Antrag Dürrenmatt, worauf der Artikel in der Fassung der Kommission angenommen wird.

Art. 9 handelt von den Jugendvorstellungen. Hier beantragt Jacot, anstatt „schulpflichtige Jugend“ zu sagen: „Personen, die das 16. Altersjahr nicht erreicht haben.“ Dieser Antrag wird bekämpft von Polizeidirektor Tschumi, Ryjer und vom Räte abgelehnt, der Artikel nach gedrucktem Vorschlag angenommen.

Art. 10 wird unter Ablehnung eines von Dürrenmatt beantragten Streichungsantrages ebenfalls nach Vorlage angenommen. Art 11, Verwarnung und Bußeröffnungsverfahren. Hier beantragt der Polizeidirektor, in Uebereinstimmung mit dem neuen Gemeindegesetz die Geldbuße von 20 auf 50 Franken zu erhöhen. Der Kommissionspräsident schließt sich an. Dürrenmatt beantragt, den Artikel zu streichen, da er viel zu klausuliert sei. Der Antrag wird von Regierungsrat Tschumi bekämpft. G. v. Steiger erklärt sich mit der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung einverstanden. In dieser Fassung wird der Artikel angenommen.

Das finanzielle Gleichgewicht des Kinematographenbesizers und des Filmverleihers.

Von Max Frank.



Dem Besitzer eines Lichtspieltheaters wie nicht minder dem Filmverleiher, der Geschäftsmann im engeren Sinne ist, nützt der größte Fleiß nichts, wenn er nicht zu rechnen versteht. Und so mancher geht seinem wirtschaftlichen Ruin entgegen, trotzdem er seine Kräfte aufs äußerste anstrengt. Gewiß, es können besondere mißliche Verhältnisse mitspielen, gegen die auch schließlich das beste Rechnen vermag, aber meist fehlt es nur an diesem. Kaufmännisch rechnen ist hier weiter zu fassen und nicht als das anzusehen, was man in der Schule im Rechnen lernt, wie das kleine und große Einmaleins samt allen möglichen Anwendungen, sondern der tüchtige Lichtspielbesitzer muß auch in anderer Weise zu rechnen verstehen; er muß die finanzielle Entwicklung seines Betriebes genau beobachten; er muß Soll und Haben, die Einnahmen und Ausgaben, Vermögen und Schulden streng überwachen und in einem gedeihlichen Gleichgewicht halten. Achtet er nicht darauf, wirtschaftet er blindlings darauf los, so sitzt er eines Tages fest; das Zünglein der geschäftlichen Waage neigt sich zu stark nach der Schuldenseite, um wieder ins Gleichgewicht kommen zu können.

Jedes Unternehmen, jede geschäftliche Handlung von einiger Tragweite muß genau überlegt werden. Wir müssen uns nicht nur die zu erwartenden Vorteile, sondern auch die unter Umständen eintretenden Nachteile vor Augen führen. Etwas Pessimismus ist daher sehr gut. Dieser braucht deshalb noch lange nicht den geschäftlichen Unternehmungsgeist lahm zu legen.

Wenn wir die in den Zeitungen veröffentlichten Bilanzen der Aktiengesellschaften durchsehen, so finden wir, daß nicht der ganze erzielte Reingewinn als Dividenden den Aktionären überlassen wird, sondern daß ein großer Teil des Gewinnes dem sogenannten Reservefond überwiesen wird. Warum geschieht das? Sehr einfach: es können einmal schlechte Jahre kommen, in denen, statt mit dem erhofften Erfolg, die Bilanz mit einem Fehlbetrag abschließt, was man meist eine Unterbilanz nennt. Dieser Verlust muß aber, wenn das Aktienernehmen sich gedeihlich entwickeln soll, doch ausgeglichen werden und dafür dient der Reservefond; denn es ginge nicht, die einzelnen Aktionäre hierzu heranzuziehen.

Was aber für die großen Aktiengesellschaften gilt, muß ebenfalls jeder Kinematographenbesitzer und Filmverleiher beachten. Auch er soll sich einen Reservefond zulegen, wenn er kein Privatvermögen besitzt, um hiervon im Notfalle zusehen zu können.

Es ist nicht abzuleugnen, daß es vielen tatsächlich auch beim besten Haushalten nicht möglich ist, etwas zurückzule-